

Werner Rügemer

**ÖPP im Schulbau:
Zum Nachteil der öffentlichen Haushalte, aber auch der Schüler, Lehrer
und der Schulverwaltung!**

Teure staatliche ÖPP-Förderung

Zugleich mit der Privatisierung des Autobahnbetriebs hat die Bundesregierung sich einen direkten Zugriff auf den Schulbau in Bundesländern und Kommunen verschafft. Die im staatlichen Eigentum befindliche *Partnerschaft Deutschland GmbH* soll zudem nicht nur beim Schulbau beraten, sondern auch bei Bau, Finanzierung und Betrieb der gesamten Infrastruktur: auch bei Rathäusern, Sporthallen, Schwimmbädern, Feuerwachen, Behördenzentren, kommunalen Straßen u.ä.

Der Staat kann Kredite praktisch zum Nullzins aufnehmen, aber die Projekte sollen durch private Investoren finanziert werden: Sie wollen nicht nur Gewinn erwirtschaften, sondern müssen auch weitaus höhere Zinsen zahlen. Die „Schuldenbremse“ führt also langfristig zu einer noch höheren Verschuldung als schon bisher.

Keine öffentliche Bilanz bisheriger ÖPP-Schulprojekte

Die ÖPP-Verträge bleiben geheim. Zudem werden die Ergebnisse nicht öffentlich ausgewertet. Bei den Großprojekten mit mehreren Schulen wie in Köln und Frankfurt/Main gibt es keine Informationen über die Entwicklung der Mieten und sonstiger Kosten. Wo ausnahmsweise etwas bekannt wird wie im Landkreis Offenbach, ist das Ergebnis katastrophal.

Köln: Neubeauftragung eines aggressiven Investors

2017 vergab der Kölner Stadtrat die Sanierung und den 25jährigen Betrieb von vier Schulen an den Investor Vinci Facilities SKE GmbH. Dafür soll die Stadt 214 Millionen Euro zahlen. Unklar bleibt: Was wird mit den 199 weiteren Schulen, die auf der Sanierungsliste stehen?

Zwischen 2005 und 2007 vergab die Stadt bereits Sanierung und Betrieb von 6 Schulen nach dem ÖPP-Muster an den Investor Hochtief PPP Beteiligungs GmbH & Co KG, mit Laufzeiten von 25 Jahren. Vor der Neuvergabe 2017 an VINCI wurden die bisherigen Projekte finanziell nicht ausgewertet.

Vinci/SKE ist nicht nur Investor des katastrophalen ÖPP-Projekts im Landkreis Offenbach, sondern auch beim finanziell katastrophalen ÖPP-Projekt *Toll Collect* (Autobahn-LkW-Maut): 7 Mrd. Euro Schulden beim deutschen Staat.

Projekt-GmbH: Die Tricks beim ÖPP-Instrument

Für jedes ÖPP-Projekt gründet der Investor eine eigene Projekt GmbH und stattet sie mit der Mindestsumme von 25.000 Euro aus. Die GmbH wählt die Subunternehmer aus (Hausmeister, Reinigung, Reparaturen, Grünflächenpflege,

Security, Energiemanagement) und drückt sie im Werklohn – häufige Insolvenzen und Stillstand der Arbeiten sind die Folge. Die GmbH kann Kredite aufnehmen, kann die für die Zukunft vereinbarten Mieten an Investoren verkaufen (Forfaitierung mit Einredeverzicht), kann Unternehmen wie Coca Cola gegen Gebühren Werbung betreiben lassen, kann in der schulfreien Zeit die Räume anderweitig vermieten, kann Auflagen für die Innenausstattung machen. Wenn die GmbH überschuldet ist, kann sie die Miete nachträglich erhöhen, kann die GmbH ganz oder teilweise verkaufen – oder sie kann in die Insolvenz gehen und damit Folgekosten produzieren – oder kann mit Insolvenz drohen und damit Nachforderungen durchsetzen. Alle diese Varianten wurden schon „erprobt“.

Literatur:

Werner Rügemer: „Heuschrecken“ im öffentlichen Raum. Public Private Partnership – Anatomie eines globalen Finanzinstruments. Transcript Verlag, 2. Auflage, Bielefeld 2012

Das Buch enthält drei Dutzend Beispiele gescheiterter ÖPP-Projekte: Schulen, Schwimmbäder, Autobahnen, Tunnels, Gefängnisse sowie die Analyse der GmbH-Tricks und der mit ÖPP verbundenen Geheimhaltung, Finanzierung, Einsatz von privaten Beratern und Subunternehmern.

www.werner-ruegemer.de